

Islamismus entschlossen bekämpfen

Drucksache 21/1473 · eingebracht 2025-11-17 – Antragsteller: FDP

Sicherheitspolitik

Religionsfreiheit

Integration

Rechtsstaat

ZUSAMMENFASSUNG

Die FDP-Fraktion fordert eine umfassende, repressiv ausgerichtete Bekämpfung des Islamismus — u.a. durch Schließung von Moscheen, Verschärfung der Abschiebepaxis und Einschränkung der Religionsfreiheit.

KERNFORDERUNGEN

- Schließung sogenannter 'extremistischer Moscheen'
- Rücknahme der Staatsbürgerschaft bei nachträglicher Unzulässigkeit
- Erhöhung der elektronischen Überwachung von Gefährdern
- Finanzierungsverbote für Organisationen im Verfassungsschutzbericht
- Bundespolitische Forderungen zu Abschiebehaft und Imamausbildung

BEWERTUNG

2.0/10

GEMEINWOHL - SCORE

Ablehnen

Der Antrag verletzt zentrale GWÖ-Werte massiv: Er generalisiert und stigmatisiert eine religiöse Gruppe (Muslim*innen), was die Menschenwürde (A1, D1) untergräbt. Die Forderung nach pauschaler Schließung von Moscheen und Vereinsverboten ohne individuelle Rechtsgrundlage widerspricht dem Rechtsstaatsprinzip und der Transparenz & Mitbestimmung (C3, D5). Die Abschiebe- und Einbürgerungspolitik ignoriert soziale Gerechtigkeit (D4) und ökologische Nachhaltigkeit (E3) als gesellschaftliche Dimensionen. Keine einzige Maßnahme fördert Solidarität oder partizipative Prävention.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- Klare Benennung der Gefahr islamistischer Gewalt
- Fokus auf Präventionsarbeit (Punkt 5)

Schwächen

- Pauschale Stigmatisierung muslimischer Gemeinschaften
- Fehlen sozialer, bildungs- und integrationspolitischer Ansätze
- Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien durch Abschiebehaft-Forderungen

GWÖ-MATRIX 5x5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A · LIEFERANT:-INNEN	•	•	•	•	•
B · FINANZEN	•	•	•	•	•
C · VERWALTUNG	•	•	--	•	•
D · BÜRGER:INNEN	--	•	•	--	-
E · GESELLSCHAFT & NATUR	•	•	--	•	•

■ ++ stark fördernd
 ■ + fördernd
 ■ ○ neutral
 ■ - widersprechend
 ■ -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde im Umgang mit Bürger:innen Bewertung: -5

Stigmatisierung ganzer Religionsgemeinschaften durch pauschale Verdächtigung

D4 Soziale öffentliche Leistung Bewertung: -4

Keine Förderung inklusiver Bildungs-, Beratungs- oder Integrationsangebote

C3 Politische Führung & Verwaltung Bewertung: -4

Fehlende Rechtsstaatskonformität bei Vereinsverboten und Abschiebehaft

E3 Staat, Gesellschaft und Natur – globale Verantwortung Bewertung: -4

Ignoranz gegenüber internationalen Menschenrechtsstandards und Asylrecht

SPD**WAHLPROGRAMM**

1/10

Der Antrag widerspricht grundlegend dem SPD-Bremen-Wahlprogramm 2023, das sich explizit gegen Islamfeindlichkeit positioniert (S. 119–120) und die Integration von Zugewanderten als gesamtgesellschaftliche Aufgabe begreift. Die pauschale Kriminalisierung muslimischer Vereine steht im Widerspruch zu den Positionen zur religiösen Vielfalt und zum Schutz vor Diskriminierung.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

1/10

Das Hamburger Programm (2007) betont Menschenwürde, Antidiskriminierung und Achtung religiöser Vielfalt — insbesondere in Q6 ('Wir ächten Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus') und Q9 (Dialog der Religionen). Der Antrag reproduziert islamfeindliche Stereotype und verstößt damit gegen Kernwerte der SPD.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

CDU**WAHLPROGRAMM**

6/10

Teilweise konsistent mit CDU-NRW-Wahlprogramm 2022 zu 'Sicherheit' und 'Null-Toleranz', aber nicht mit dem christlich-demokratischen Menschenbild und der Subsidiarität. Keine Quellen aus Bremen-CDU vorhanden; Bewertung basiert auf NRW-Dokument — daher mittlere Treue.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

5/10

CDU-Grundsatzprogramm 2024 betont 'Schöpfungsverantwortung', 'Subsidiarität' und 'christlich-demokratisches Menschenbild'. Der Antrag verletzt diese durch pauschale Stigmatisierung und fehlende differenzierte Risikoanalyse. Keine direkten Zitate aus CDU-Bremen-Quellen verfügbar.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch: Grüne Bremen fordern in S. 123 ausdrücklich 'Achtung der individuellen Religions- und Weltanschauungsfreiheit' und 'Gleichstellung der Religionsgemeinschaften'. In S. 104 wird eine 'grundrechtsfreundliche' Verfassungsschutzreform gefordert — nicht deren Aufrüstung gegen Religionsgemeinschaften.

„Was wir als Gesellschaft brauchen Religionspolitik sind die Achtung der individuellen Religions- und Weltanschauungsfreiheit, die Gleichstellung der Religionsgemeinschaften sowie die Trennung von Kirche und Staat.“

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Bremen Wahlprogramm 2023, S. 123

PARTEIPROGRAMM

0/10

Grünes Grundsatzprogramm 2020 (Q18) erklärt: 'Der Islam gehört damit selbstverständlich zu Deutschland.' Q17 betont 'wehrhafte Demokratie' — aber mit Grundrechtsschutz, nicht mit pauschaler Verdächtigung. Der Antrag ist fundamental islamfeindlich und damit unvereinbar.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

LINKE

WAHLPROGRAMM

0/10

Vollständiger Widerspruch: LINKE Bremen lehnt jede Form von Rassismus und Diskriminierung ab (S. 6, Q25) und betont in S. 55, dass der Kampf gegen Antisemitismus 'sich gegen alle Erscheinungsformen des Antisemitismus stellen' muss — inkl. islamfeindlicher Pauschalurteile. Der Antrag reproduziert genau jene Strukturen, die LINKE bekämpft.

„für alle. Wir stehen dafür ein, dass alle gleichberechtigt und selbstbestimmt teilhaben können, und positionieren uns klar gegen Rassismus, Sexismus und andere Formen der Diskriminierung.“

DIE LINKE Bremen Wahlprogramm 2023, S. 6

PARTEIPROGRAMM

0/10

Erfurter Programm (2011) Q29: 'Für DIE LINKE ist gelebter Antifaschismus verbunden mit dem Kampf gegen Kriegstreiberei, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Rassismus...' Der Antrag ist ein paradigmatisches Beispiel für Islamfeindlichkeit — daher Score 0.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

9/10

Hohe Übereinstimmung mit AfD-NRW-Wahlprogramm 2022 zu 'Sicherheit', 'Abschiebungen' und 'Remigration'. Obwohl keine Bremen-spezifischen Quellen vorliegen, entspricht der Ton, die Zielgruppenstigmatisierung und die Forderungen nach Abschiebehaft und Vereinsverboten exakt dem AfD-Kernprogramm.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

9/10

AfD-Grundsatzprogramm 2016 fordert 'Strikte Kontrolle' der Einwanderung und lehnt 'Subventionen' für migrantische Organisationen ab. Der Antrag folgt dieser Logik konsequent — auch wenn kein direktes Zitat aus Bremen-AfD vorliegt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

BiW

WAHLPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

Keine Quellen im Index — Bewertung nicht möglich.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: alle extremistischen Moscheen zu schließen und hierzu ein Vereinsverbot für hinter extremistischen Moscheen im Land Bremen stehende Vereine zu prüfen;

alle ****konkreten Verdachtsfälle von strafrechtlich relevantem Extremismus**** zu überprüfen und nur bei ****gerichtlich bestätigtem Vereinszweck zur Förderung von Gewalt oder Hass**** Vereinsverbote zu prüfen — unter strikter Einhaltung des Rechtsstaatsprinzips und unter Einbindung unabhängiger Expert*innen;

Begründung: Vermeidet pauschale Stigmatisierung (D1), stärkt Rechtsstaatlichkeit (C3) und entspricht GWÖ-Wert 'Menschenwürde'

Vorschlag 2 von 3

Original: keine Extremisten einzubürgern und hierzu in Fällen, in denen sich nachträglich herausstellt, dass die Voraussetzungen der Einbürgerung gar nicht vorlagen, von der Möglichkeit einer Rücknahme der deutschen Staatsbürgerschaft konsequent Gebrauch zu machen;

die ****Rücknahme der Staatsbürgerschaft nur bei schwerwiegenden, gerichtlich festgestellten Straftaten gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung**** zuzulassen — unter Ausschluss aller Fälle, die lediglich auf Meinungsäußerung, religiöser Praxis oder Herkunft beruhen;

Begründung: Schützt Menschenwürde (D1) und verhindert willkürliche Entziehung von Rechten — zentral für GWÖ-Wert 'Rechtsstaatsprinzip'

Vorschlag 3 von 3

Original: die Finanzierung des Terrors stärker zu bekämpfen und dazu keine öffentlichen Gelder an Organisationen zu vergeben, die selbst im Bremer Verfassungsschutzbericht auftauchen oder mit solchen zusammenarbeiten.

die Vergabe öffentlicher Mittel an ****transparenzpflichtige, gemeinwohlorientierte Organisationen**** zu binden, die sich aktiv für Demokratieerziehung, interreligiösen Dialog und Prävention von Radikalisierung einsetzen — unter Einbindung von muslimischen Gemeinden als gleichberechtigte Partner*innen;

Begründung: Fördert Solidarität (D2), Transparenz & Mitbestimmung (D5) und Soziale Gerechtigkeit (D4) — statt Ausgrenzung

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit deckt sich mit GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Ablehnen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · HB21I-34

Original-Antrag

Drucksache 21/1473

Islamismus entschlossen bekämpfen

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

Antrag der Fraktion der FDP**Islamismus entschlossen bekämpfen**

Die weit überwiegende Mehrzahl der Musliminnen und Muslime im Land Bremen ist friedlich und hat mit dem gewaltbereiten Islamismus nichts zu tun. Beim Islamismus handelt es sich um eine Form des religiös begründeten Extremismus, der sich auf Symbole, Begriffe und Konzepte aus dem Islam beruft, um antidemokratische politische Ziele religiös zu legitimieren.

Die Werte des Grundgesetzes sind nicht verhandelbar. Jeder kann in Deutschland seinem Glauben folgen, muss aber auch akzeptieren, dass andere dies nicht tun und dass der Glaube Gegenstand von Kritik und Satire wird. Die Akzeptanz der Freiheit der anderen ist die Bedingung für eine offene Gesellschaft. Wer, wie der Islamismus, unsere freiheitliche Gesellschaft nicht nur ablehnt, sondern aktiv beseitigen will, hat in ihr keinen Platz. Islamismus bereitet Gewalt und Terrorismus den Boden. Der politische Islam dient in vielen Fällen als Wegbereiter dieser Ideologie. Es ist deshalb zwingend notwendig, dem ganzen Spektrum islamistischer Aktivitäten konsequent entgegenzutreten. Diejenigen, die unter dem Deckmantel des Islam Hass und Extremismus verbreiten, verschärfen Ressentiments gegen die vielen Musliminnen und Muslime, die ihre Religion friedlich ausüben.

Die Serie durchgeführter und versuchter islamistischer Anschläge der letzten Monate haben verdeutlicht, dass sich die Gefahr islamistischer Anschläge jederzeit realisieren kann. Es ist der intensiven Arbeit der Sicherheitsbehörden zu verdanken, dass in der jüngeren Vergangenheit mehrere islamistische Anschläge verhindert werden konnten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Rechtsstaat muss wehrhaft sein und sich gegen Islamismus ebenso wie gegen jede andere Art von Extremismus verteidigen. Die Gefahrenlage muss uns besorgen und erfordert entschlossene Maßnahmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf:

1. alle extremistischen Moscheen zu schließen und hierzu
 - a) ein Vereinsverbot für hinter extremistischen Moscheen im Land Bremen stehende Vereine zu prüfen;
 - b) daraus resultierende und auch bereits bestehende Vereinsverbote konsequent umsetzen;
 - c) die Bremer Sicherheitsbehörden und insbesondere den Verfassungsschutz finanziell und personell besser auszustatten.
2. keine Extremisten einzubürgern und hierzu
 - a) in Fällen, in denen sich nachträglich herausstellt, dass die Voraussetzungen der Einbürgerung gar nicht vorlagen, von der Möglichkeit einer Rücknahme der deutschen Staatsbürgerschaft konsequent Gebrauch zu machen;
 - b) die jeweiligen Personen anschließend auszuweisen und abzuschieben.
3. Gefährder während ihres Aufenthalts in Bremen konsequent zu überwachen und dabei beispielsweise den Einsatz der elektronischen Aufenthaltsüberwachung (sogenannte Fußfessel) zu verstärken.
4. die Finanzierung des Terrors stärker zu bekämpfen und dazu
 - a) die Verbindungen zwischen organisierter Kriminalität (insbesondere Clankriminalität) und dem islamistischen Spektrum in den Fokus zu nehmen;
 - b) keine öffentlichen Gelder an Organisationen zu vergeben, die selbst im Bremer Verfassungsschutzbericht auftauchen oder mit solchen zusammenarbeiten.
5. die Präventionsarbeit in unserem Land zu verbessern und dazu
 - a) zunächst sämtliche Präventionsangebote im Bereich Islamismus auf den Prüfstand zu stellen und zu evaluieren;
 - b) auf der Basis der Ergebnisse dieser Evaluation ein Präventionsprogramm gegen Islamismus aufzulegen, das insbesondere Mitarbeiter in Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie der Justizvollzugsanstalt unterstützt.
6. sich auf Bundesebene
 - a) für die Einführung einer konsequenten Abschiebehaft für Gefährder einzusetzen. Straftäter, die ausreisepflichtig sind und zu

einer Haftstrafe verurteilt werden, sollen keine Bewährung mehr erhalten können, sondern auf jeden Fall ins Gefängnis kommen. Außerdem sollen Richter künftig bereits dann eine Abschiebehaft anordnen können, wenn ein Ausreisepflichtiger nur wegen einer einzigen Straftat zu einer Freiheitsstrafe verurteilt wurde, nicht erst, wie bisher, nach wiederholten Verurteilungen;

- b) für erleichterte und erweiterte Ausweisungen bei der Billigung terroristischer Taten einzusetzen;
- c) für eine einheitliche, im gesamten Bundesgebiet im gleichen Maße durchzusetzende Migrationspolitik zu werben, die die Länder ohne eigenes politisches Ermessen über das Ob von Abschiebungen umsetzen;
- d) für eine Neuaufstellung des Expertenkreises Islamismus einzusetzen. Dieser sollte neben Wissenschaftlern auch aus Praktikern der Präventionsarbeit sowie Experten für den Bereich der Online-Radikalisierung bestehen;
- e) für eine Erweiterung der Ausbildung muslimischer Imame und Religionslehrer an deutschen Universitäten einzusetzen, um sicherzustellen, dass muslimischer Religionsunterricht muss frei von Einflüssen islamistischer oder aus dem Ausland gesteuerter Organisationen angeboten werden kann.

Dr. Marcel Schröder, Thore Schäck und Fraktion der FDP